

# **Programmwurf der AG Wirtschaft/Finanzen für den Bereich Mittelstand/Wirtschaft/Gewerbe und Haushalt/Finanzen**

*Wolfgang Ninsa, Knut Schneider, Carsten Sinß  
im September 2010*

## **Wirtschaft & Gewerbe: Hand in Hand für den heimischen Mittelstand**

Sozialdemokratische Politik trägt Verantwortung für die Zukunft unserer heimischen Betriebe und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ziel unseres politischen Handelns ist, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Wir wollen Arbeit, die gerecht entlohnt wird – unabhängig von Geschlecht, Ethnie oder kulturellen Unterschieden. Schonender Umgang mit endlichen Ressourcen ist uns nicht nur wichtig für die Erhaltung von Natur und Umwelt, sondern darüber hinaus auch wirtschaftlich sinnvoll.

Verantwortungsbewusste Kommunalpolitik muss daher ihr Mögliches tun, um:

- bei allen politischen Entscheidungen dem drohenden Abbau von regionalen Arbeitsplätzen frühzeitig entgegenzuwirken und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region durch aktive Wirtschaftsförderung zu unterstützen,
- die Möglichkeiten der Ausbildung und Weiterqualifikation für Arbeitsuchende zu verbessern,
- sozial notwendige und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigungsmaßnahmen und -projekte zu initiieren und durchzuführen,
- Frauen und Männern die gleichen Chancen beim Arbeitsmarktzugang zu schaffen bzw. den Benachteiligten eine besondere Unterstützung zuteil werden zu lassen,
- die vermeintlichen Gegensätze von Arbeit und Umwelt nutzbar zu machen als Fundament einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Beschäftigungspolitik in unserem Kreis.

Voraussetzung für einen starken Rheingau-Taunus-Kreis ist daher eine stabile, leistungsfähige Wirtschaft. Wir wollen die Entwicklung der heimischen Wirtschaft weiter aktiv fördern, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue Arbeitsplätze im Rheingau-Taunus-Kreis entstehen. Eine kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik muss die Kräfte der im Kreis ansässigen Betriebe unterstützen und ergänzen. Die von Landrat Burkhard Albers (SPD) initiierte Gründung eines „Bündnis für den Mittelstand“ war dabei ein wegweisender Schritt. Heute sind so alle relevanten Akteure vernetzt und arbeiten gemeinsam an der Verbesserung der Strukturen für die heimische Wirtschaft.

Unsere Forderungen:

**Wirtschaftsförderung:** Eine Wirtschaftsförderung unter dem Motto "Alles aus einer Hand" unter Bündelung aller mit der Wirtschaft zusammenhängenden Aufgaben ist unser Ziel. Hier gilt es die individuellen Begebenheiten unserer 17 Städte und Gemeinden im Kreis zu berücksichtigen.

Auftragsvergaben durch den Kreis sollen vorrangig an einheimische Firmen und ausschließlich tariftreue Unternehmen erfolgen. Neue Ansiedlungen, Existenzgründungen,

Erweiterungen und Bestandssicherungen sind schnell und unbürokratisch zu unterstützen, zum Beispiel bei der Beschleunigung von Verwaltungsvorgängen („Bürokratie-Tüv“, „Mittelstandslotse“) und der Zuweisung attraktiver Gewerbeflächen („Gewerbeflächenmanagement“). Für Gewerbeflächen soll die Zusammenarbeit von Unternehmen und Handwerksbetrieben, ihren Kammern sowie den Kommunen und dem Kreis (Wirtschaftsförderung) intensiviert werden.

Für eine positive wirtschaftliche Entwicklung im Rheingau-Taunus-Kreis benötigen wir auch eine gute Verkehrsinfrastruktur (siehe Abschnitt "Verkehr") im Kreisgebiet, gute Anbindungen an die Regional- und Fernverkehrsnetze sowie den Ausbau des Frankfurter Flughafens - unter Berücksichtigung von Nachtflugverbot und Lärmschutzmaßnahmen. Die Verwertung nicht mehr zur industriellen Produktion (Asbach-Gelände) sowie ehemals militärisch genutzter Flächen (Bundeswehrdepot Lorch) ist auch ein Anliegen des Kreises, wobei wir hier mittelfristig Lösungen in der Hand der Kommunen anstreben.

Weiterhin sind Synergien mit dem Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien und den Bündnissen für Mittelstand und Familien zu erzielen. Der barrierefreie Umbau und die energetische Sanierung der Wohnungsbestände sind zudem ein effizientes „Konjunkturprogramm“ für die kleinen und mittleren Handwerksbetriebe in unserem Kreis bei gleichzeitiger Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels und des Klimaschutzes.

**Ausbildung stärken:** Wir wollen dazu beitragen, Arbeits- und Ausbildungsplätze in unserer Region zu erhalten und neue zu schaffen. Die Ausbildung der Fachkräfte von morgen bleibt dabei nach wie vor die Herzkammer einer zukunftsfesten heimischen Wirtschaft. Unser Ziel ist eine Jugendarbeitslosigkeit von „null“ im Rheingau-Taunus-Kreis. Individuelle Maßnahmen wie Schulsozialarbeit und Ausbildungspatenschaften stehen beispielhaft für vielfältige Möglichkeiten und Maßnahmen zum Erreichen dieses Ziels. Besonders ausbildungswillige Betriebe sollen davon bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten oder durch öffentliche Würdigungen („Ausbildungsbetrieb des Jahres“) profitieren. Entsprechende Unternehmenskooperationen wollen wir fördern und forcieren. Daher setzen wir uns auch für weitere neue Anreizsysteme ein, um heimische Unternehmen zu motivieren, auch in ihrem eigenen Interesse Nachwuchs auszubilden. Auf höherer Ebene (Städtetag, Landesregierung, Bundesregierung) können Möglichkeiten geschaffen werden, die Rechtsgrundlage für eine Berücksichtigung sozialer und umweltbezogener Kriterien – insbesondere Ausbildungsplätze – bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu schaffen.

Wir wollen auch, dass der Kreis weiterhin junge Menschen ausbildet und so jungen Menschen Zukunftsperspektiven sichert.

**Tourismus:** Der Rheingau-Taunus-Kreis grenzt an das Rhein-Main-Gebiet und profitiert mit seiner Lage vom milden Klima, dem fruchtbaren Boden und den zahlreichen Wäldern. Weinbau und Tourismus sind zwei wesentliche Grundpfeiler der heimischen Wirtschaft, sind sie doch Erwerbsquelle für viele mittelständische Betriebe in Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, für Reiseunternehmer, für Bus- und Taxibetriebe sowie Schifffahrts- und Fährbetriebe.. Nicht zuletzt wegen seiner zwei Weltkulturerben (Limes, Mittelrheintal), auf die wir stolz sind, möchten wir den Rheingau-Taunus-Kreis für Touristen aus allen Regionen attraktiv und über unsere Grenzen hinaus bekannt machen. Wir wollen auch verstärkt Anreize für längere Aufenthalte in unserer Region bieten. Mit einem „Runden Tisch“ von Vertretern aus Tourismus, Gastronomie und Fremdenverkehr wollen wir ein umfassendes und nachhaltiges Tourismuskonzept entwickeln. Das Potential von Einrichtungen wie dem „Rheingau Musik Festival“, der „Rheingau-Taunus-Kultur-Tourismus GmbH“ oder der RÜD AG gilt es zu nutzen.

Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung, wie z. B. das Rheingau Musik Festival im Rheingau, das Jazzfestival in Idstein, die Taunusbühne in Bad Schwalbach sowie die Burghofspiele in Eltville, ziehen jährlich viele Besucher an und stehen beispielhaft für viele Musterbeispiele an Festivitäten, die es zu erhalten und zu erweitern gilt.

**Weinbau & Landwirtschaft:** Die Landwirtschaft und der Weinbau sind unverzichtbare Wirtschaftsbestandteile des Rheingau-Taunus-Kreises. Die Wettbewerbsfähigkeit auch für kleinere Betriebe bis hin zu Nebenerwerbslandwirten und -winzern soll erhalten und gefördert werden. Wir setzen uns daher auf allen politischen Ebenen für eine bessere Bewirtschaftungsstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe ein, damit eine landwirtschaftliche Pflege der Kulturlandschaft stattfinden kann.

Wir begrüßen alle Formen der Direktvermarktung und werden ggf. unter Einbeziehung von Fördermitteln versuchen die Einrichtung einer Markthalle für regionale Produkte zu unterstützen, vorzugsweise in Kooperation mit dem Kreisbauernverband am Standort der Domäne Neuhof.

Gesetzliche Neuregelungen auf EU- und Bundesebene werden von uns kritisch begleitet werden.

**Domäne Neuhof:** Mit dem von Landrat Burkhard Albers (SPD) geplanten Projekt auf der Domäne Neuhof wollen wir hier unter Federführung der Gesellschaft für Beschäftigung und Weiterbildung (GBW) ein Projekt zur Integration und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen umsetzen, dass durch die Selbstvermarktung eines ökologisch und landwirtschaftlichen Betriebes gleichzeitig einen Beitrag zur Versorgung mit regionalen Produkten leisten sollte.

**Dorfentwicklung:** Den Gemeinden ist bei ihren Aktivitäten zu helfen, Dörfer und Städte zu erneuern und zu entwickeln, attraktive Wohnbedingungen zu schaffen und dabei dörfliche Strukturen und Bauweisen inklusive der damit verbundenen Infrastruktur zu erhalten. Dabei soll die Nutzung und Koordinierung von Förderprogrammen der EU, des Bundes und des Landes erleichtert und verbessert werden.

**DSL:** Wir möchten eine flächendeckende Anbindung an das stets aktuellste und leistungsstärkste DSL-Netz und die Kommunen, wo dies noch nicht der Fall ist, in ihren Bemühungen unterstützen. Dies ist heutzutage gerade für Gewerbetreibende hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit im Wettbewerb nahezu unverzichtbar geworden.

**Weiterbildung:** Mit dem Ausbau und der Unterstützung der Weiterbildungsmöglichkeiten (GBW, Volkshochschulen etc.) wollen wir die Sicherung des Arbeitsplatzes jedes einzelnen sowie die Aufstiegschancen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöhen.

**Optionskommune:** Dass der Kreis sich selbst und direkt um die Betreuung und Vermittlung von (Langzeit-)Arbeitslosen kümmert, war und ist richtig. Die guten Vermittlungs- und geringen Arbeitslosenzahlen bestätigen uns dies nachhaltig. Diesen Weg wollen wir weiter gehen, allerdings darauf pochen, dass der Bund seinen Finanzierungspflichten im Sinne des Konnexitätsprinzip auch nach kommt.

**Kompetenz- und Gründungscenter:** In Ergänzung zum „Bündnis für den Mittelstand“ sollen die wissenschaftlichen Kapazitäten in unserem Kreis, z.B. an der Forschungsanstalt Geisenheim, der „European Business School“ in Oestrich-Winkel und der Fachhochschule Fresenius in Idstein und der damit einhergehenden vielfach vorhandenen Kompetenzen sollen mit Handwerk, Dienstleistern und Industrie vernetzt und diesen nutzbar gemacht werden.

**Berufsschulen:** Wir Sozialdemokraten stehen für die Standortsicherung und Fortentwicklung der Berufsschullandschaft im Rheingau-Taunus-Kreis mit seinen beiden Standorten in Geisenheim und Taunusstein. Einer evtl. notwendigen Spezialisierung und Fokussierung auf Kernkompetenzen stehen wir dabei offen gegenüber und unterstützen die Kopplung an das Projekt „HessenCampus“.

## **Finanzen & Verwaltung: Handlungsfähigkeit des Rheingau-Taunus-Kreises erhalten**

**Finanzen:** Die Wirtschaftskrise und die daraus resultierenden Steuereinbrüche des Bundes und der Länder wirken sich massiv auf die finanzielle Lage der Kommunen, also auch dem Rheingau-Taunus-Kreis, aus. Die Klientelpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung hat diese Entwicklung noch verstärkt. Allein die Steuerausfälle durch die Reduzierung der Mehrwertsteuer bei den Hotelübernachtungen im Staatshaushalt führen direkt zu Leistungseinschränkungen im kommunalen Bereich, von denen der Rheingau-Taunus-Kreis ebenso betroffen ist wie die durch die Hessische Landesregierung geplante Einsparung bei den Kommunen von bis zu 400 Millionen Euro im kommunalen Finanzausgleich ab 2011.

Die Finanzsituation unseres Kreises stellt damit eine der größten Herausforderungen dar, der sich die Politik stellen muss. Vom Erfolg bei der Bewältigung dieser Aufgabe wird es abhängen, ob und inwieweit die Interessen und Vorstellungen der Bürger in unserem Kreis dauerhaft umgesetzt werden können.

Dabei sind die Korrekturmöglichkeiten auf der Einnahmeseite wie auch zunehmend auf der Ausgabeseite begrenzt, sofern man keinen „sozialen Kahlschlag“ betreiben möchte. Daher sind für uns Kürzungen in den Bereichen Bildung, Soziales und Familien Tabu. Ebenso setzen wir uns vehement, notfalls auch auf dem Klageweg, gegen weitere auferlegte Sparzwänge oder Erhöhungen der Kreisumlage für unsere Kommunen durch das Regierungspräsidium oder das Innenministerium des Landes Hessen ein. Denn es ist für den strukturell ohnehin benachteiligten Kreis nicht einzusehen, dass wir vor Ort die Klientelpolitik von Schwarz-Gelb auf Bundes- oder Landesebene berappen und uns per „Diktat von oben“ auch noch regelrecht kaputt sparen müssen.

Damit einhergehend setzen wir uns dafür ein, dass durch Bund und Land neue Aufgaben nur dann zugewiesen werden, wenn die Finanzierung zwischen beiden Seiten auch im Sinne einer Konnexität aufeinander abgestimmt und somit gewährleistet ist.

Die derzeit geplante Reform der Gewerbesteuer auf Bundesebene hat für uns nur diesen Namen verdient, wenn insbesondere die strukturschwachen Kommunen am Ende mehr und nicht weniger Geld erhalten. Dafür werden wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten im Rheingau-Taunus-Kreis stark machen.

Im Mittelpunkt der zukünftigen Gestaltung der öffentlichen Finanzen muss die Absicht stehen, die bestehende Entwicklung zur Neuverschuldung und damit ständigen Einschränkung der Handlungsfähigkeit unseres Kreises zu beenden und den von Landrat Burkhard Albers (SPD) eingeschlagenen Konsolidierungskurs unter Wahrung der sozialen Balance erfolgreich fortzusetzen.

Die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von geplanten Vorhaben muss anhand eines qualitativen „Nachhaltigkeitschecks“ erfolgen. Langfristig angelegte Investitionen sind so zu gestalten, dass sie bei Bedarf flexibel an veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden können (z. Bsp. Umwandlung von Kindergärten in Seniorentagesstätten).

Bestrebungen zur Privatisierung oder Teilprivatisierung öffentlicher Dienstleistungen im Rahmen von so genannten Public-Private-Partnership-Projekten, kurz PPP, sehen wir grundsätzlich ergebnisoffen, aber unter heutigen Gesichtspunkten eher kritisch.

**Interkommunale Zusammenarbeit:** Die interkommunale Zusammenarbeit bietet eine Möglichkeit, durch gemeinsame Maßnahmen Kosten zu reduzieren und Angebote zu verbessern. In vielen Teilen des Kreises hat sich bereits eine intensive Kooperation zwischen Städten, Gemeinden und dem Kreis etabliert. Dazu zählen auch der Zweckverband Rheingau, das Idsteiner Land oder vielfältige private Initiativen. Wir unterstützen diese Formen der interkommunalen Kooperationen. Wichtig ist aber, dass örtliche Politiker, aber vor allem die Bürgerinnen und Bürger stärker als bisher in die Entwicklung der Teilregionen des Kreises

einbezogen werden und nicht etwa ein derartiges Informationsdefizit entsteht wie beim Leinpfadausbau im Rheingau.

Dies gilt auch für die verstärkte und enge Zusammenarbeit der benachbarten Landkreise Hochtaunus, Main-Taunus, Limburg-Weilburg und Rheingau-Taunus sowie der Landeshauptstadt Wiesbaden oder über Landesgrenzen hinweg mit dem Landkreis Mainz-Bingen oder dem Rhein-Lahn-Kreis.

Gleichzeitig muss die Verwaltungskraft gestärkt und die Übertragung bisher von der Kreisverwaltung wahrgenommenen Aufgaben auf leistungsbereite und leistungsfähige Städte und Gemeinden geprüft werden, etwa bei der KFZ-Zulassung.

**Moderne Verwaltung:** Wir wollen eine echte „Bürgerverwaltung“. Darunter verstehen wir die Entwicklung starrer Behörden hin zu flexiblen Dienstleistungsunternehmen. Verwaltungsaufbau und -abläufe müssen immer wieder einem wandelnden Aufgabenverständnis und erhöhten Anforderungen der Politik und der Bevölkerung angepasst werden. Das Dienstleistungsangebot der Kreisverwaltung ist dauerhaft den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger anzupassen.

Wir wollen die Bürger, Vereine, Institutionen und Betriebe unseres Kreises mit möglichst wenig Bürokratie behaften. Möglichst viele Angelegenheiten sollen papierlos, zum Beispiel über das Internet abgewickelt und unnötige Behördengänge für die Bürger vermieden werden, ohne das vor allem ältere Rat suchende Bürger ihre Ansprechpartner in der Verwaltung verlieren. Daher setzen wir uns nichtsdestrotz für den Erhalt der Außenstellen der Kreisverwaltung ein und wollen ergänzend dazu auch eine mobile Kreisverwaltung prüfen.

Mittels einer konsequenten Aufgabenkritik soll der bestehende Personalbestand den tatsächlichen und beizubehaltenden Anforderungen gerecht werden. Betriebsbedingte Kündigungen sind für uns aber ausgeschlossen. Durch ein prämienbezogenes Vorschlagswesen können die Angestellten der Kreisverwaltung, aber auch die Bürger an diesem stetigen Optimierungsprozess beteiligt und zusätzlich motiviert werden.

Mit einem Eigenbetrieb Immobilienmanagement sollen insbesondere im Bereich der Reinigung und Gebäudeunterhaltung Einsparungen erzielt werden.